

Frau Jung eröffnete die Sitzung und begrüßte Frau Dr. Reinermann-Matatko, die Vertreterin des Planungsbüros „Schulentwicklungsplanung-Beratung“, Bonn.

Herr Doğan bedankte sich bei der Ausschussvorsitzenden, Frau Jung, dass sie gemeinsam mit den Fraktionen ermöglicht habe, die Sonderausschusssitzung noch vor der Sommerpause realisieren zu können, da mit dem Thema Schulentwicklungsplanung ein wichtiges Momentum für die Stadt Sankt Augustin anliege.

Herr Doğan führte aus, dass noch vor fünf oder sechs Jahren alle prophezeit hätten, dass die Schülerzahlen zurückgehen würden. Jetzt sei das Gegenteil der Fall. Die Stadt Sankt Augustin stehe unter erheblichem Handlungsdruck.

Herr Doğan betonte, dass zukünftig bei der Stadt Sankt Augustin bis zu 100 zusätzliche Schülerinnen und Schüler beschult werden müssen. Dies bedeute, dass jegliche Planungen mit dem technischen Dezernat harmonisiert werden müssen.

In Sankt Augustin bestehe in verschiedenen Bereichen Handlungsbedarf, dazu gehören die Gesamtschule, mehrere Grundschulen, die gymnasiale Oberstufe und insbesondere die Förderschule, deren Entwicklung im Blick behalten werden müsse.

Herr Doğan betonte auch, dass diese Sondersitzung die erste Einbringung sei. In einer zweiten Sondersitzung im August soll dann der Schulentwicklungsplan beschlossen werden.

Abschließend bemerkte Herr Doğan, dass das Thema „Digitalisierung“ in der Corona-Pandemie eines der wichtigsten geworden sei. Dieses werde von der Verwaltung bei jeglichen Ausbauplanungen mitberücksichtigt.

Frau Dr. Reinermann-Matatko stellte anhand einer Power-Point-Präsentation den aktuellen Schulentwicklungsplan vor und erläuterte ihre Vorgehensweise.

Zunächst stellte die Vertreterin des Planungsbüros die Zügigkeiten in der Primarstufe vor und führte aus, dass die meisten Schulstandorte im Rahmen der festgelegten Eingangsklassen liegen. Ausnahme sei die KGS Buisdorf, die mit stabilen 2 Zügen künftig darüber liege.

In den Grundschulen Am Pleiser Wald und in Ort könnte in den nächsten fünf Jahren ein zusätzlicher Zug gebildet werden. Frau Dr. Reinermann-Matatko teilte jedoch mit, dass die Zügigkeit an den beiden Schulen nicht direkt im nächsten Jahr überschritten werde.

Im Hinblick auf den OGS-Bereich lobte Frau Reinermann-Matatko das OGS-Entwicklungskonzept der Stadt Sankt Augustin mit der Zielvorgabe, für 80 Prozent der Grundschülerinnen und Grundschüler eine Betreuung in der OGS anzubieten. Sie führte aus, dass durch die bereits beschlossenen Erweiterungen im OGS-Bereich die Betreuungsquote von derzeit 68 Prozent auf 72 Prozent in 2022 ansteigen werde.

In späteren Jahren werde die Betreuungsquote, bedingt durch die demografische Entwicklung, ohne weiteren Ausbau auf 67 Prozent absinken. In diesem Zusammenhang betonte Frau Dr. Reinermann-Matatko, dass zukünftig noch mehr OGS-Plätze eingerichtet werden müssten, um sich der Betreuungsquote von 80 Prozent anzunähern.

Zudem stellte Frau Dr. Reinermann-Matatko die Aus- und Einpendlerzahlen bei den weiterführenden Schulen in Jahrgang 5 dar. Sie erwähnte, dass rund 100 Kinder aus Sankt Augustin in andere Städte auspendeln. Die Zahl der Einpendler sei deutlich geringer.

Weiterhin schilderte Frau Dr. Reinermann-Matatko die Eingangsklassenbildung an den weiterführenden Schulen. Sie führte aus, dass die Eingangsklassenbildung an der Gemeinschaftshauptschule und der Realschule am Standort Niederpleis stabil bleiben. Die Kapazität bei den Gymnasien liege bisher bei 9 Zügen. Der Anstieg der Schülerzahlen trete erstmals ab dem Schuljahr 2025/26 auf. Frau Dr. Reinermann-Matatko betonte, dass bis zu diesem Schuljahr die neun Züge nicht erreicht werden. In den nächsten Jahren müsse sehr detailliert geschaut werden, wie sich die Zahlen tatsächlich entwickeln.

Die Vertreterin des Planungsbüros führte aus, dass bei der Gesamtschule ein Anstieg von vier Zügen auf fünf Züge in späteren Jahren zu erwarten sei. Zudem teilte sie mit, dass bei den weiterführenden Schulen eine Erhöhung der Gymnasialkapazität um einen Zug erforderlich sei. In welcher Schulform genau die Gymnasialkapazität erfolgen werde, müsse die Stadt Sankt Augustin entscheiden. Frau Dr. Reinermann-Matatko stellte dar, dass die Gutenbergschule in den kommenden Jahren stabil bleibe und die Primarstufe der Grundschulen ihren maximalen Inklusionsanteil erreicht haben dürfte.

Des Weiteren resümierte Frau Dr. Reinermann-Matatko, dass die Ausbaumaßnahmen, die die Stadt Sankt Augustin beschlossen habe, erforderlich und bedarfsgerecht seien. Durch den Anstieg der Schülerzahl in den kommenden Jahren seien weitere Ausbaumaßnahmen im Bereich der Grundschulen, der OGS, der Gesamtschule und der Gymnasialkapazität erforderlich. In diesem Zusammenhang betonte Frau Dr. Reinermann-Matatko, dass das Grundschul – und das OGS-Thema sehr wichtig seien.

Bei den weiterführenden Schulen sei die Entscheidung vorerst nicht so dringend. Hier könne zunächst intensiv beobachtet werden, um später eine gute Entscheidung treffen zu können.

Abschließend bedankte sich Frau Dr. Reinermann-Matatko bei der Verwaltung für das zur Verfügung gestellte Datenmaterial und für die erhaltene Aufmerksamkeit.

Die Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt.

Herr Richter von der SPD-Fraktion führte aus, dass der Entwurf der Schulentwicklungsplanung eine kleinteilige Analyse sei, die der Politik und der Verwaltung ermögliche, für die Zukunft die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Der Entwurf zeige, dass der Schulausschuss in der Vergangenheit die notwendigen Beschlüsse gefasst habe. Für die Zukunft bedeute der Schulentwicklungsplan, dass in einigen Bereichen die Zügigkeit erhöht werden müsse.

Herr Richter sprach den gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrag an. In diesem Zusammenhang erwähnte er, dass bei allen, von der Verwaltung entwickelten Konzepten, das technische Dezernat Schritt halten müsse, damit in Zukunft insbesondere bei der Erweiterung der OGS-Kapazitäten keine Verzögerungen bei den Baumaßnahmen entstehen.

Herr Krämer fragte an, ob bei der Schulentwicklungsplanung die Angaben zur Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund berücksichtigt worden seien und inwieweit Bauvorhaben eine Rolle gespielt hätten.

Frau Dr. Reinermann-Matatko antwortete, dass der Migrationsanteil bei der Schulentwicklungsplanung nicht berücksichtigt wurde. Dies könnte dazu führen, dass sich manche Eltern aufgrund eines höheren Migrationsanteils für eine andere Schule entscheiden würden.

Im Hinblick auf die Bauvorhaben erwiderte sie, dass die Grundlage bei der Erstellung der Schulentwicklungsplanung war, die „SSR-Prognose“ zu verwenden. Die Aufgabe war nicht, zusätzlich zu der „SSR-Prognose“ zu berechnen, wie aus Baugebieten Zuzüge generiert werden können.

Herr Doğan ergänzte, dass die „SSR-Prognose“ verschiedene Planungsvarianten ausweise. Die Stadt Sankt Augustin habe sich für die Planungsprozesse auf eine Variante verständigt. Diese enthalte genau die Baugebiete, die entweder bereits beschlossen seien oder in den nächsten Jahren absehbar beschlossen würden.

Herr Dr. Pich kritisierte die Aussage der Frau Dr. Reinermann-Matatko, dass alle Einpendler an Sankt Augustiner Schulen aufgenommen werden. Diese Theorie sei sehr gewagt. Er betonte, dass das Rhein-Sieg-Gymnasium (RSG) ständig Einpendler ablehnen müsse. Er gehe nicht davon aus, dass sich die abgelehnten Schülerinnen und Schüler am Albert-Einstein-Gymnasium melden und dort angenommen werden.

Er kritisierte auch, dass Ablehnungen insbesondere an den Grundschulen dazu führen können, dass sich Geschwister an zwei unterschiedlichen Schulen anmelden müssen.

Zudem beanstandete Herr Dr. Pich die Darstellung der Zügigkeit der beiden Gymnasien im Schulentwicklungsplan. Seiner Meinung nach wurde der Schulentwicklungsplan einfach auf die festgelegte Vierzügigkeit des Rhein-Sieg-Gymnasiums angepasst. Da das Albert-Einstein-Gymnasium fünf Züge habe, könne an der Schule die Schülerzahl einfach erhöht werden. Er kritisierte bei der Darstellung im Schulentwicklungsplan die Aussage, dass das Rhein-Sieg-Gymnasium keinen fünften Zug benötige.

Herr Dr. Pich betonte, dass die Stadt Sankt Augustin zukünftig eine Entscheidung treffen müsse, welche der beiden Gymnasien den zusätzlichen Zug bekommen soll.

Frau Dr. Reinermann-Matatko teilte mit, dass bei der Darstellung im Schulentwicklungsplan ganz genau zu sehen sei, wie die Gesamtkapazität aussehe. Sie betonte, dass nirgendwo im Schulentwicklungsplan stehe, an welchem System die Kapazitäten geschaffen werden müssen. Das Übergangsverhalten müsse im Blick behalten werden, um dann eine Entscheidung treffen zu können, welche Variante für eine Erhöhung der Kapazitäten im weiterführenden Bereich sinnvoll sei.

Im Hinblick auf die gymnasialen Züge wies Herr Doğan darauf hin, dass die Aufgabe des Schulentwicklungsplanungsbüros nicht sei, Standorte zu definieren, wo bauliche Projektionen entstehen. Es sei die Aufgabe von Politik, gemeinsam mit der Verwaltung Lösungen dafür zu erarbeiten.

Weiterhin führte Herr Doğan aus, dass ein gymnasialer Zug nicht unbedingt ein Zug am Gymnasium bedeute. Dieses müsste bei der Debatte ergebnisoffen berücksichtigt werden, ohne ein Präjudiz in die eine oder andere Richtung vorzunehmen.

Herr Metz bemängelte die schleppend verlaufenden Bauprojekte, insbesondere den OGS-Ausbau an der GGS Am Pleiser Wald, der bereits seit acht Jahren geplant werde.

Weiterhin führte er aus, dass das prognostizierte Wachstum an Schülerinnen und Schüler ein „Hammer“ sei. Die Prognose sei maßgeblich für die Stellung des Antrages gemeinsam mit der SPD-Fraktion gewesen. Hinzu komme der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab 2025.

Herr Metz teilte mit, dass die Aufgabe der Verwaltung in erster Linie sei, alle Bedarfe transparent aufzulisten und mit Prioritäten zu versehen, um zu klären, an welchen Schulstandorten als erstes Handlungsbedarf bestehe, abgesehen von den Standorten Am Pleiser Wald, Ort und Menden. Die personellen und finanziellen Ressourcen müssen ebenfalls ermittelt werden.

Herr Metz betonte, dass in der nächsten Sondersitzung von der Verwaltung kein endgültiger Plan erwartet werde.

Herr Arndt, Schulleiter des Albert-Einstein-Gymnasiums, führte aus, dass die Auswirkungen der Einrichtung von G9 an den Gymnasien sich in der Nacht vom 31.07.2026 auf den 01.08.2026 niederschlagen werde. Dies würde eine Steigerung um 250 Schülerinnen und Schüler an beiden Gymnasien bedeuten.

Er fragte an, wie diese Zahl in die Empfehlung der Frau. Dr. Reinermann-Matatko einbezogen wurde.

Die Vertreterin des Planungsbüros entgegnete, dass der G9 – Jahrgang bei dem Schulentwicklungsplan rechnerisch aufgebaut sei.

Frau Overhage, die Schulleiterin der Fritz-Bauer-Gesamtschule, machte deutlich, dass aufgrund des gestiegenen Inklusionsanteils von 0 auf 5,2 Prozent, die Klassenfrequenz geringer geworden sei. Dies bedeute, dass die Schule wesentlich weniger Schüler aufnehmen könne. Die Schule müsse jedes Jahr mindestens eine Klasse ablehnen.

Die Schulleiterin der Gesamtschule teilte mit, dass die Grundbedingungen für eine Fünfüzigkeit bei der Schule gegeben seien.

Des Weiteren betonte sie, dass die Schule kaum Einpendler habe. Frau Overhage merkte an, dass dem Abitur an der Gesamtschule dieselben Richtlinien, Lehrpläne und zentralen Abschlussprüfungen zu Grunde liegen, wie dem Abitur an Gymnasien. Abschließend betonte sie, dass die Schule sehr stolz auf die Schülerinnen und Schüler sei, die dieses Jahr ihre Abiturprüfung absolvieren.

Herr Lienesch teilte mit, dass die CDU-Fraktion dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimme. Er betonte, dass die Fraktion nach der Sommerpause keinen detaillierten Plan von der Verwaltung erwarte.

Herr Willnecker von der CDU-Fraktion stimmte ebenfalls dem Antrag zu.

Herr Dr. Serafin bedankte sich bei Frau Dr. Reinermann-Matatko für die Vorstellung des Schulentwicklungsplans und für die verschiedenen, richtungsweisenden Beiträge der Schulausschussmitglieder.

Der Schulentwicklungsplan sei ein guter Kompass für die weitere Entwicklung, die in der Stadt anstehe.

Anschließend stellte er die Schlussfolgerungen der Verwaltung aus den Ergebnissen der Schulentwicklungsplanung vor.

Für den Primarbereich bestehe ein Erweiterungsbedarf der Zügigkeit an der KGS Buisdorf. Der Ausbau der OGS-Plätze gemäß der bestehenden Versorgungszielquote von 80 Prozent werde durch die vorliegende Datengrundlage des Schulentwicklungsplanes gestützt.

Die erforderlichen baulichen Erweiterungen seien, aufbauend auf der dazu bereits vorliegenden Machbarkeitsstudie für den OGS Ausbau nun entsprechend fortzuführen und umzusetzen.

Anschließend führte Herr Dr. Serafin aus, dass im Sekundarbereich ein deutlicher Bedarf für die Erweiterung der Anzahl an Gesamtschulplätzen erkennbar sei. Aufgabe hier sei es nun, die Möglichkeiten zur Angebotserweiterung zu prüfen, um eine richtungsweisende Entscheidung treffen zu können. Es gebe einen moderaten Anstieg für die Bedarfe im gymnasialen Zweig. Auch hier müsse überlegt werden, wie sich das insgesamt schlüssig und baulich effizient abbilden lasse.

Herr Dr. Serafin äußerte, dass der Anteil an Schülerinnen und Schüler mit anerkanntem Förderbedarf unter den Schulen und im Stadtgebiet sehr ungleich verteilt sei. Hier müsse im Sinne einer gelingenden Inklusion und einer gleichmäßigeren Verteilung zwischen Schulstandorten überlegt werden, wie ein gewisser Ausgleich realisierbar wäre.

Zum Schluss teilte Herr Dr. Serafin mit, dass die Verwaltung auf Grundlage des Schulentwicklungsplans konkrete Vorschläge erarbeiten werde, um diese in der nächsten Sitzung zu diskutieren.

Herr Einmal von der SPD-Fraktion fragte an, ob es möglich sei, die tatsächlich abgelehnten Schülerzahlen in den Schulentwicklungsplan zu implizieren. Er fände es sehr wegweisend, nachvollziehen zu können, wie viele Schülerinnen und Schüler in den vergangenen Jahren abgelehnt werden mussten.

Her Einmal führte aus, dass es nicht sinnvoll sei, die Klassen einer Schule größtmöglich zu befüllen. Dies sei kontraproduktiv für Schülerinnen, Schüler und das Lehrpersonal.

Frau Fels, die Schulleiterin des Rhein-Sieg-Gymnasiums, führte aus, dass an ihrer Schule in diesem Jahr 160 Anmeldungen erfolgt seien und das RSG somit sechszügig gewesen wäre. Wenn die Schule mehr Kapazitäten hätte, wäre die Zahl der Auspendler aus Sankt Augustin ihrer Auffassung nach geringer.

Zudem bemängelte sie, dass das RSG nicht zufrieden sei, volle Klassen bilden zu müssen. Die Schule werde aber von der Stadt dazu gezwungen, weil sie sonst noch mehr ablehnen müsse. Abschließend kritisierte Frau Fels, dass die Erhöhung der gymnasialen Zügigkeit lediglich am Campus Niederpleis geprüft werde.

Nachdem Frau Dr. Reinermann-Matatko alle Fragen zum Schulentwicklungsplan beantwortet hatte, stellte die Vorsitzende den in der Sitzungsvorlage formulierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.